

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 66 846 pbbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Anke Fuchs MdB zur Beschäftigung mit der demographischen Zeitenwende: Die "Revolution auf leisen Sohlen" muß strukturiert werden.

Seite 1

Dokumentation

Die Grundwertekommission beim SPD-Vorstand hat unter dem Titel "Ermütigung zur Politik - Gesellschaft in der Krise" eine Analyse erarbeitet. Wir dokumentieren daraus das Kapitel "Das Problem der Medien". Wortlaut

Seite 3

Berichtigung

Was Ignatz Bubis sagte.

Seite 4

48. Jahrgang / 220

18. November 1993

Vor der demographischen Zeitenwende

Die "Revolution auf leisen Sohlen" muß strukturiert werden

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

An der Wende zum dritten Jahrtausend kündigt sich in den industrialisierten Staaten ein neuer, bislang unbekannter Trend an: die demographische Zeitenwende.

Die Fakten sind längst bekannt: steigende durchschnittliche Lebenserwartungen bei gleichzeitig konstant niedriger Geburtenrate werden uns im Jahr 2030 einen Aufbau der Alterspyramide bescheren, die eher der Form eines Pflzes entspricht. Lag der Anteil der über 60jährigen 1990 noch bei 21 Prozent, so wird er bis zur Jahrtausendwende auf 26 Prozent und bis zum Jahre 2030 auf über 35 Prozent ansteigen.

Diese "Revolution auf leisen Sohlen", wie es Hans-Ulrich Klose genannt hat, wird nicht folgenlos an uns vorübergehen. Neben den wichtigen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme berührt diese Entwicklung natürlich den Arbeitsmarkt, aber auch die sozialen Dienste, den Wohnungsmarkt, das Verkehrswesen sowie den Kultur- und Freizeitsektor. Nicht wenige malen das Bild einer ergrauten und altersschwachen Gesellschaft, befürchten enorme Finanzierungsprobleme bezüglich der Alterssicherung oder sorgen sich um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland angesichts aufstrebender Volkswirtschaften beispielsweise in Südostasien. Wir sollten jedoch versuchen, den absehbaren demographischen Wandel als Herausforderung und Chance für eine umfassende Umstrukturierung unserer Gesellschaft zu begreifen, bei der sich allen Generationen die Chance bietet, aktiv an der Veränderung kultureller Leitbilder und sozialer Rollen mitzuwirken.

Vor diesem Hintergrund wurde bereits am 16. Oktober 1992 vom Deutschen Bundestag die Enquete-Kommission "Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik" eingesetzt.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus W/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Ministrier-Linierung
mit 6000000 Abstrichen
Reinweiß-Papier



Unter meinem Vorsitz versuchen wir im Dialog von Wissenschaft und Politik Fragen zu formulieren und Antworten zu finden, die die Zukunft aller Generationen betreffen. Abgeordnete des Bundestages und sachverständige Mitglieder aus der Wissenschaft bemühen sich gemeinsam, Vorschläge auszuarbeiten, um die Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Es gilt nicht nur, den konkreten Handlungsbedarf festzustellen, sondern darüber hinaus Empfehlungen für die notwendigen politischen Entscheidungen abzugeben.

Nach unserer Auffassung gibt es wichtige Eckpunkte der Arbeit, die ich hier kurz ansprechen möchte:

- Die starre Abfolge von Lernen, Berufstätigkeit und Rente muß zugunsten veränderter Lebensarbeitszeitmodelle verändert werden. Wir brauchen also Arbeitsplätze für alle Generationen; sowohl die jugendzentrierte Personalpolitik der Gegenwart als auch die konkrete Arbeitsplatzgestaltung müssen zukünftig dem veränderten Altersaufbau der Gesellschaft Rechnung tragen.
- Das Gefüge der sozialen Netze erfährt bereits heute einen Wandlungsprozeß. Eine zunehmend individualisierte Lebensweise bei gleichzeitiger Auflösung "normaler" Erwerbsbiographien und die abnehmende Bedeutung der familialen Netze stellen die Sozialpolitik zukünftig vor neue Aufgaben.
- Auch wenn die Generation der zukünftigen Alten gesünder sein dürfte, stellt sich die Frage der Absicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Mit der Anzahl der Hochbetagten wachsen die Erfordernisse der Gesundheitspolitik. Neue Formen der Betreuung auch außerhalb der Familie, ambulante und stationäre Pflege, betreutes Wohnen und vieles mehr werden die Sozialdienste der Zukunft nicht unwesentlich prägen. Dazu bedarf es bereits heute neben der gesellschaftlichen und materiellen Aufwertung der Sozial- und Pflegedienste dringend einer gesetzlichen Regelung der Pflegeversicherung.
- Die älteren Menschen der kommenden Jahrzehnte werden in ihrer Mehrheit über eine gute materielle Grundausstattung verfügen. Im Jahr 2000 wird bereits ein Viertel des gesamten Geld- und Grundvermögens den über 65jährigen gehören. Dennoch wird sich der Reichtum nicht gleichmäßig bei allen Älteren finden. Altersarmut insbesondere bei den vielen von Arbeitsplatzverlust betroffenen Menschen in den neuen Bundesländern, bei alleinerziehenden Frauen, bei Behinderten, chronisch Kranken und Frühinvaliden ist zu befürchten. Für alle diese Gruppen müssen weitergehende Lösungsmodelle entwickelt und die Sicherungssysteme den veränderten Bedingungen und individuellen Verhältnissen angepaßt werden.
- Die Beteiligung der älteren Generationen am gesellschaftlichen und politischen Leben ist ein zentraler Punkt gerade sozialdemokratischer Politik. Die Senioren der SPD überlegen, ob sie eine Arbeitsgemeinschaft bilden wollen. Es kommt nicht nur in den Parteien darauf an, neue Formen der Beteiligung Älterer, neue Formen auch des Ehrenamtes und seiner gesellschaftlichen Anerkennung zu entwickeln, damit das Handlungspotential aller Generationen in die Gesellschaft der Zukunft eingebracht werden kann.

Seit der Konstituierung der Kommission im vergangenen Herbst bemühen wir uns, in einem ersten Arbeitsgang durch folgende Themenbereiche eine Bestandsaufnahme zu leisten:

1. Demographische Entwicklung bis zum Jahr 2030
2. Soziales Umfeld und Familie
3. Materielle Situation im Alter
4. Wirtschaft und Arbeitsmarkt
5. Aktives Älterwerden
6. Wohnen und Wohnumfeld
7. Gesundheitliche Situation, Versorgung und Betreuung.

In einer zweiten Phase wird es darum gehen, spezifische Fragestellungen vertiefend zu bearbeiten und konkrete Handlungsmöglichkeiten in der Diskussion zu entwickeln, so daß wir zum Herbst des Jahres 1994 dem Bundestag einen Bericht mit den Empfehlungen der Kommission vorlegen können.

Ich stelle mir vor, daß die Enquete-Kommission hier zu den von mir angeführten Eckpunkten und möglicherweise darüber hinaus konkrete Vorschläge macht, welche Angebote in und von der Gesellschaft im Hinblick auf die Zukunft zu organisieren sind.

(-/18. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Medien und die Politik, die Politik und die Medien

Die Grundwertekommission beim SPD-Vorstand (Vorsitzender Wolfgang Thierse) hat unter dem Titel "Ermutigung zur Politik - Gesellschaft in der Krise" eine Analyse erarbeitet. Wir dokumentieren daraus das Kapitel "Das Problem der Medien".

Die Rolle der Medien, zumal des Fernsehens, ist zunehmend prekär geworden. Während sie ihre unverzichtbare Rolle der Information und als Kritiker und Wächter der Politik oft aufmerksam wahrnehmen, bestimmen sie andererseits selber die Spielregeln der Politik mit, in vielerlei Hinsicht auf fragwürdige Weise.

Das Bild, das die Medien von der Politik konstruieren, ist mindestens ebenso sehr durch die Aufmerksamkeitsregeln bedingt, die die Medien voraussetzen und durch ihre eigenen Interessen, wie durch das, was sich im politischen Leben tatsächlich abspielt. Für die Politiker, die von der öffentlichen Aufmerksamkeit und Zustimmung leben, werden die Aufmerksamkeitsregeln der Medien in oft ausschlaggebender Weise zum Gesetz ihrer eigenen öffentlichen Politikvermittlung, wenn nicht gar ihrer Politik.

Diesen Aufmerksamkeitsregeln entspricht es, daß dem Unterhaltsamen der Vorrang vor dem Gutbegründeten gegeben wird, der Personalisierung der Vorrang vor der Sachdifferenz, dem Konflikt der Vorrang vor Konsens und Kompromiß, der eindrücklichen Kürze der Vorrang vor dem nachdenklichen Abwägen.

Solche nicht immer bewußten, aber jederzeit wirksamen Auslese Kriterien für das, was den privilegierten Zugang zur großen Medienöffentlichkeit gewinnt, erzeugen ein Bild von der Politik und ein Verhalten der Politiker, das für Differenzierung, Zögern, Verständigungsbereitschaft, Nuancen und unspektakuläre Wirksamkeit wenig Sinn hat.

Der Kreislauf, der hier entsteht, ist mächtig und schwer zu unterbrechen. Die Medien können sich für ihre Konstruktion der politischen Wirklichkeit einerseits auf das berufen, was öffentliche Aufmerksamkeit findet und andererseits darauf, daß nicht wenige Politiker von vornherein schon so handeln, wie es den Erwartungen der Medien entspricht. Die Politiker, die der symbolischen Inszenierung und der unterhaltsamen Wirkung den Vorrang vor Begründung, Differenzierung und Relativierung einräumen, können darauf verweisen, daß sie nur auf diesem Wege die Chance gewinnen, ihre Botschaften einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln, um dadurch Unterstützung für das, was sie eigentlich wollen, zu erlangen.

Der Vorrang der Bildlichkeit vor der Sprache, der kurzen, unterhaltsamen Formel vor der sorgfältigen Begründung, der selbstbewußten Eindringlichkeit vor der verantwortlichen Nachdenklichkeit und Relativierung wird so von den Medien, zumal dem Fernsehen, auf mächtige Weise mitgeprägt. Die Medien selbst sind zum Faktor für die wachsende Differenz von Anspruch und Wirklichkeit des Politischen geworden, was sie zugleich auch wieder beklagen.

Freilich besteht das Mediensystem im ganzen auch wieder aus Teilbereichen, die einander korrigieren, ergänzen, relativieren können. Presse, Rundfunk, die Welt der Bücher spielen jeweils eine andere Rolle, und im Fernsehen unterscheiden sich die Sendungen und Arbeitsbereiche oft erheblich voneinander. Offenkundig aber ist die Tendenz, daß das Fernsehen als Leitmedium mit seinem Vorrang von Bildlichkeit, Szenenwechsel, Unterhaltsamkeit und Selbstdarstellung Einfluß auch auf die anderen Medienbereiche gewinnt und die politische Kultur im ganzen mitprägt.

Ein kritischer, selbstbewußter Umgang mit den Medien ist auf Seiten des Publikums so gut möglich, wie auf Seiten der Politiker. Es kann nicht darum gehen, die Medien selbst und die Grundregeln ihrer Funktionsweise in Frage zu stellen. Ein solcher Kampf gegen Windmühlentügel wäre, ganz unabhängig von der Frage, ob er überhaupt ein sinnvolles Ziel sein könnte, von vornherein vergeblich. Aber diejenigen, die in den Medien für die Konstruktion des Bildes der politischen Wirklichkeit Verantwortung tragen, ebenso die Abnehmer dieses Bildes, zumal aber die Politiker, die wissen, daß es ihre Zielsetzungen und Leistungen sind, um deren Vermittlung es geht, haben durchaus einen weiten Spielraum für kritische, selbstbewußte Kommunikationskultur. Ihn gilt es zu nutzen.

(-/18. November 1993/rs/ks)

Was Ignatz Bubis sagte

Aufgrund eines technischen Fehlers wurde ein Absatz der Rede, die Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, vor der SPD-Bundestagsfraktion am 9. November gehalten hat, nicht vollständig wiedergegeben (SPD-Pressedienst vom 10. November). Die entsprechende Passage im korrekten Wortlaut:

"Ich befürchte immer noch, daß die Gesellschaft die Ausschreitungen, die wir jetzt hier haben, nicht ernst genug nimmt. Es beunruhigt mich, daß teilweise immer noch versucht wird, manche Teile der Gewalt als Dumme-Junge-Streiche oder mit Hoffnungslosigkeit - ich weiß nicht warum - abzutun und nach Begründungen zu suchen, warum es so ist. Als ob es irgendeine Begründung geben könnte, die Gewalt rechtfertigt. Wenn im Bericht des Bundesinnenministers steht, daß hier keine Zusammenarbeit, keine Kontakte - allenfalls auf lokaler Ebene - bestehen, so muß ich sagen, daß ich das ganz anders sehe. Es gibt genügend Beweise, daß eine Zusammenarbeit zwischen den rechtsradikalen Parteien und diesen rechtsradikalen Gruppierungen vorhanden ist, und daß Kontakte unter diesen Gruppierungen eng verknüpft sind. Man findet einen Teil dieser Leute mal in dieser Gruppe, mal in jener Gruppe."

Wir bitten Ignatz Bubis und unsere Leser um Entschuldigung.